

Berlin, Mittwoch,
Die Zeitung erscheint in der Woche
zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Einzelhefte
für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Posten,
für ganz Deutschland 9 Mt.
Deutschland 13 Mt. 80 Pf., Ausland
4 Mt. 50 Pf., Holland 7 Mt. 50 Pf.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Einband 20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen
für England in London bei
Messrs. Siegle 20 Lime Street E.C. und
Cousie & Co. 19 Green Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 3. Februar 1909.

Als besondere Beilagen erscheinen

Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahlslisten der

Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungsstabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Übersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierspaltige Zeile 50 Pf.

Reklametext 1 Mt.

Fernsprecher:

Amt 1, Nr. 243.

Telegramm-Adresse:
Börsen-Zeitung.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Zentrale: In der Expedition.

Dazu als IV. Beilage: Verdingungs-Anzeiger.

Vom Tage.

Bei dem Haager Schiedsgerichtshof legten gestern der deutsche und der französische Gesandte den Casablancaer Streit betreffende Denkschriften nieder.

Das Protokoll über die Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei ist gestern in Konstantinopel eingetroffen.

Der Großvezir teilte dem österreichisch-ungarischen Botschafter mit, dass die Schwierigkeiten bezüglich des Boykotts behoben seien und der Handelsverkehr wieder aufgenommen werden kann.

Im japanischen Unterhaus sprach der Minister des Äußeren Baron Komura eingehend über die äußere Politik Japans.

Auf der Börse fanden gestern Verhandlungen mit den Vertretern mehrerer Banken wegen Aufnahme einer Anleihe von 1 1/2 Millionen Pfund statt.

Der Konflikt zwischen Schweden und Norwegen.

Dem gebildeten Mitteleuropäer mag es auf den ersten Blick etwas sonderbar erscheinen, daß wegen einer Frage der Weidgerechtigkeit zwischen zwei Staaten ein so heftiger Konflikt ausbrechen kann, der die Anrufung eines Schiedsgerichts rufen kann. Man muß indes sowohl schwedische als norwegische Blätter lesen, um den ganzen Zorn und die leidenschaftliche Hutz der beiden Völker zu verstehen, die bis vor einigen Jahren noch einen gemeinsamen Staat bildeten. Selbst während des Union-zustandes ist in nordischen Vätern keine so heftige Sprache geführt worden wie jetzt.

Der Kern der ganzen Frage besteht darin, ob die das nördliche Schweden bewohnenden Lappen bereits, wie es die Schweden wünschen, mit Beginn des Monats Mai mit ihren Rentierherden die Weidplätze an der wärmeren norwegischen Küste aufsuchen dürfen oder erst, wie es die Norweger verlangen, am 1. Juni. — Allerdings war durch das Karlsruher Abkommen, das die Trennung der Lappen, die Angelegenheit insofern geregelt, als man grundsätzlich den Besuch der norwegischen Küste gestattete. Dieser Besuch ist geradezu eine Lebensfrage für den Bestand des Lappenvolkes. Bereits vor 300 Jahren kam es zwischen Schweden und Norwegen-Dänemark wegen der Lappen zu einem Kriege, denn seit uralten Zeiten hüteten die Wanderungen der Lappen in norwegisches Gebiet, wo sie für ihre Rentiere bessere Weiden finden. Das Jahr 1751 brachte dann einen neuen Vertrag, in dem den norwegischen Lappen der Besuch des schwedischen Gebietes ebenso gestattet wurde, wie den schwedischen der des norwegischen Gebietes. Endlose Verhandlungen sind seitdem zwischen Norwegen und Schweden über diese Frage geführt worden; als es zur Auflösung der Union zwischen den Nordmännern kam, stellte Schweden neben der Forderung der Befreiung der Grenzregionen als zweite Bedingung auf, daß das den schwedischen Lappen gegenwärtig zusehende Recht, jährlich mit ihren Rentierherden über die norwegische Grenze zu ziehen, für die Zukunft unabweichend festgelegt werde. Nicht mit Unrecht wird in verschiedenen Zeitungen darauf hingewiesen, daß dieses Verlangen Schwedens sich erklären lasse aus der alten schwedischen Ritterlichkeit, dem Drange, die Schwachen und Niedergebundenen zu schützen. Ein schwedischer Korrespondent schreibt in dieser Hinsicht der „Deutschen Tageszeitung“: „Die Lappen im

nördlichen Europa gesehen ohne Bögen, daß es ihnen unter schwedischer Obhut am besten gefalle. Das nordische Nomadenvolk ist seit Jahrhunderten von schwedischer Seite Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, kirchlicher Mission und gelegentlicher Tätigkeit gewesen. Nach langjährigen Untersuchungen und Experimenten ist man in Schweden zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Lappen am wohlsten fühlen und am besten gedeihen, wenn sie Nomaden bleiben und von ihrer Rentierzucht leben können. Als Nomaden haben sie keine geringe Stufe von Kultur und Wissen erreicht; auch stehen sie in sittlicher Hinsicht höher als verschiedene Kulturvölker. Die Lappen in Schweden, deren Zahl in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ca. 5500 betrug, haben jetzt eine Kopfzahl von 7000, und obgleich sich der Zuwachs langsam vollzieht, kann man die Lappen keineswegs als eine aussterbende Nation bezeichnen. Dagegen nimmt der Rentierbestand ab, und die von norwegischer Seite bewirkten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Lappländer haben sehr ungünstig gewirkt.“

Es ist bekannt, daß bei dem knorrigen, rauhen Norweger, den Norwegen, die milderen Regungen des Herzens nicht allzuleicht vertreten sind. Sie haben denn auch in den Verhandlungen, die über die Einzelheiten des Karlsruher Vertrages geführt wurden, wenig Entgegenkommen bewiesen und wurden wohl nicht mit Unrecht von schwedischer Seite beschuldigt, daß sie die Vermehrung der Rentierherden vor dem 15. Juni künftighin einfach verbieten wollten. Den Standpunkt der beiden Regierungen präzisieren nun folgende Notizen. Norwegische Seite behauptet man: „Aus Anlaß dieses Auftritts Schwedens besteht Grund fürzufallen, daß durch die im vorigen Jahre im Tromsøer Amt erfolgten Verhöre schwedischer Lappen Schweden wahrscheinlich das wesentlichste Beweismaterial herbeigeschafft habe, mit dem es seine Behauptung stützen wolle, daß für diese Lappen es notwendig sei, vor dem 15. Juni in Norwegen einzuwandern. Die Untersuchung in diesem Punkte, mit der Norwegen den Versuch der genannten Behauptung beweisen zu können glaubte, nämlich die Befähigung der schwedischen Weidplätze, ist nun durch den Abbruch der Verhandlungen unvollendet geblieben. Ferner ist seitens Schwedens als Grund für den Abbruch der Verhandlungen angeführt worden, es befürchte, daß die genannte Untersuchung so lange Zeit beanspruchen werde, daß Schweden die Entscheidung der Frage durch ein Schiedsgericht nicht erhalten könnte, ehe das Verbot gegen die Ueberfischung der Lappen nach Norwegen vor dem 15. Juni in Kraft trete. Schweden habe die Möglichkeit gehabt, eine weitere Hinausschiebung des Verbots nachzuziehen. Schweden habe sie sogar als Bedingung für die weitere Teilnahme an den Untersuchungen aufstellen können. Es bestehe aller Grund zur Annahme, daß man in Schweden die Aufmerksamkeit auf diesen Ausweg hingelenkt, trotzdem aber ihn nicht benutzt habe.“

Dagegen antwortet die schwedische Regierung in einer offiziellen Note folgendes: 1) Die aus Christiania gekommenen telegraphischen Stimmungsberichte können schwerlich die Ansicht des norwegischen Ministeriums ausgebracht haben, daß sich dieses in den hier abgegebenen Erklärungen dem praktischen Standpunkt der schwedischen Regierung wesentlich genähert hat und einem Schiedsgericht keineswegs grundsätzlich widerstrebt. Dieses Schiedsgericht ist keineswegs von Norwegen abhängig; nach der Karlsruher Konvention von 1905 tritt es in Wirksamkeit, sobald Schweden es beantragt. 2) Die lokalen Untersuchungen des nationalgemischten Komitees haben sich auf norwegischen Boden nur mit der Frage des eventuellen Schadenerlasses beschäftigt, zu einer absehbaren Untersuchung über die Geignetheit des Bodens für Rentierweiden ist man im ganzen vorigen Jahre nicht gelangt. 3) Der Abbruch der Unter-

suchungen erfolgte schwedischerseits aus den dringlichsten Humanitätsgründen, da mit der bisherigen Untersuchungsmethode bis zu dem bestimmten Termin ganz unmöglich fertig zu werden war, und weil damit die dringlichsten Lebensinteressen der schwedischen Lappen in unmittelbare Gefahr gerieten.

Es ist aller Grund vorhanden, anzunehmen, daß Norwegen die schon zur Zeit der Union bestehende Gepflogenheit der bilateralen Behandlung schwedischer Angelegenheiten auch in der Lappenfrage beibehalten hat. Wollte die schwedische Regierung ihren Schutz befehlen, den Lappen, tatsächlich ihre Geneigtheit zeigen, für sie einzutreten, so dürfte sie eine solche Verschleppung der Sache seitens Norwegens nicht dulden. Es hat durchaus richtig geurteilt, wenn es die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet, denn Artikel 4 der schon genannten Karlsruher Konvention lautet: „Zwistigkeiten über die Auslegung oder die Anwendung der jeweiligen Abkommen zwischen den beiden Ländern geltenden Bestimmungen sollen, wenn sie nicht durch diplomatische Verhandlungen zu schlichten sind, durch ein Schiedsgericht entschieden werden, das aus drei Mitgliedern besteht, von denen jedes Reich je eines wählt und die also gewählt sind das dritte ernennen. Wenn die beiden ernannten sich über die Wahl des dritten nicht einigen können, wird dieser von dem Präsidenten des schweizerischen Bundesrates oder eventuell in der Weise gewählt, wie in den letzten zwei Absätzen des Artikels 32 der Haager Konvention vom 29. Juli 1899 bestimmt wird.“

Somit läßt Schweden durch die Stellung des Antrages, auf Grund der Karlsruher Konvention die Lappenfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nur sein gutes Recht aus, und alle Einsprüche der Norweger werden damit hinfällig.

W.-S.

Telegramme.

Breslau, 2. Februar. (Priv.-Tel. d. B. A. Z.) Die Breslauer jüdischen Korporationen mit Ausnahme der Winkler haben in ihren letzten Vertreterbesitzungen eine Resolution folgenden Inhalts beschlossen: „Das Kultusministerium und der Senat werden ersucht, die Immatrikulation jüdischer Studenten zu verhindern, solange nicht die Sicherheit der deutschen Kommunalen an österreichischen Hochschulen gewährleistet ist.“

Bremen, 2. Februar. (G. Z. G.) Der hiesige preussische Generalkonsul Hr. B. Delius ist heute gestorben. Der Nachfolger als Norddeutscher Konsul vertritt in ihm sein ältestes Mitglied.

Karlsruhe, 2. Februar. (G. Z. G.) Der Präsident der Oberrechnungskammer Dr. Schenkel ist heute mittag gestorben.

Haag, 2. Februar. (G. Z. G.) Die Gesandten Deutschlands und Frankreichs in Haag legten heute im Bureau des Schiedsgerichtshofes Denkschriften betreffend den Casablancaer Streit nieder, die für die Parteien, die Schiedsrichter und den Gerichtshof selbst bestimmt sind. Von einer Vertagung der Angelegenheit, von der das Gericht zu werden mußte, ist also für den Augenblick nicht die Rede.

Paris, 2. Februar. (G. Z. G.) Im heutigen Ministerrat machte der Minister des Äußeren seinen Mitteilung über den Stand der türkisch-bulgarischen Angelegenheiten. Er ging auf den russischen Vorschlag ein, der auf vollständige Befriedigung der Türkei im Rahmen Bulgariens und auf eine darauf folgende Verständigung mit Bulgarien über die Durchsetzung der russischen Forderungen hinsichtlich der Durchsetzung des russischen Vorschlags ins Ginevernehmen zu setzen. Darauf behandelte Minister Picard Marineangelegenheiten. Er zählte die Maßnahmen auf, die zur Feststellung der nötigen Kredite und zur vollständigen Aufbarmachung des Materials getroffen werden müßten. Er wurde in betreff der notwendigen Kredite Finanzminister Galliani zu Rate ziehen. Der Bericht Picards sieht